

nachrichten

EU-Sanktionen

Armee tötete zwei Frauen

Einheiten der burmesischen Armee erschossen Mitte Oktober zwei Frauen wegen ihrer angeblichen Verbindung zur *Karen National Union (KNU)*. Die beiden Frauen, beide ethnische Burmesinnen, wurden ermordet, als die Einheit in ihrem Dorf in der Pegu (Bago) Division einrückten. Sie sollen *KNU*-Rebellen Unterschlupf gewährt haben. Die burmesischen Soldaten warfen zunächst eine Handgranate in ihr Haus und eröffneten im Anschluß das Feuer.

Keine der Frauen wurde während der Schießerei verletzt. Man fand die beiden Frauen, als die Soldaten anschließend das Haus durchsuchten, brachte sie in einen nahegelegenen Wald und erschoss sie dort. Der Ehemann einer der beiden Frauen verbüßt unterdessen eine dreijährige Haftstrafe unter dem *Illegal Association Act* für angebliche Kontakte mit der *KNU*.

»Außergerichtliche Tötungen unschuldiger DorfbewohnerInnen durch die burmesische Armee sind in den Minderheitengebieten alltäglich, aber niemand ist je dafür bestraft worden«, so Aung Naing Oo, Sekretär für Ausländische Angelegenheiten der *All Burma Students' Democratic Front*. Die DorfbewohnerInnen hätten keinen Schutz davor.

Am gleichen Tag schossen andere Truppen auf zehn DorfbewohnerInnen, die gerade Felder in der Nähe des Dorfes Nawlino abernteten. Zwei wurden ernsthaft verwundet. Ein weiterer Mann wurde verhaftet. Über sein Schicksal wurde bisher nichts bekannt.

vgl. *Kdp-net*, 22. 10.98

Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen Burma von 1996 erneuert. Die Außenminister der EU gaben ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, von Seiten des State Peace and Development Councils bisher noch keine positive Antwort auf ihre Forderung nach Demokratie und Menschenrechten in Burma bekommen zu haben.

Die neuen Sanktionen, die am ersten Novemberwochenende in Kraft treten, beinhalten nun auch die Verweigerung von Transit Visa für Militärs und Visa für MitarbeiterInnen der Tourismusbehörden.

Dies ist die erste Reaktion des Westens seit sich die politische Situation in Burma wieder verschlechtert hat — insbesondere durch die Konfrontation zwischen dem Regime und Aung San Suu Kyi im Juli. Daß Burma als Mitglied der ASEAN aufgenommen wurde, bereitet der EU die größten Schwierigkeiten. Als älteste Dialogpartnerin der ASEAN war die EU bisher sehr großzügig

mit Hilfeleistungen. Obwohl die EU nun ihre Sanktionen ausgeweitet hat, bleibt sie nach wie vor verhandlungsbereit. Thailand, als Koordinator des EU-ASEAN Dialoges, arbeitet seit Juli daran, die Probleme zu überwinden. Es steht in der Mitte und versucht, beiden Seiten gerecht zu werden. Die EU weigert sich, sich mit dem Paria Staat Burma an einen Tisch zu setzen aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen und laufenden politischen Unterdrückung.

In diesem Kontext wird es als »Act of Goodwill« seitens der EU verstanden, Burma die einmalige Teilnahme an dem oft verschobenen 13. ASEAN-EU Joint Cooperative Committee zuzugestehen. Aber bei den folgenden Treffen wird das Problem erneut auf den Tisch kommen. Burmas Teilnahme wird einzig und allein von der Verbesserung der Menschenrechtslage abhängen. Die EU möchte außerdem den Rahmen der Zusammenarbeit des Asia-Europe Meeting (Asem)

verbreitern. Doch wenn die EU-ASEAN Beziehungen so kühl bleiben wie im Augenblick, wird das weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Asem Kooperation haben.

Neben der EU wird wohl auch internationaler Druck von der UN Resolution ausgehen, die für Anfang November erwartet wird. Der Entwurf ist fast fertig und wartet nur noch auf den Input Alvaro de Sotos, Assistent des Generalsekretärs, der Burma besucht. Sein Besuch war die Folge langwieriger Verhandlungen. Rangoon hatte vorher den Besuch des UN Sondergesandten Ismail Razali zurückgewiesen. Razali wollte auf dieser Fact-Finding-Mission herausfinden, wie Aung San Suu Kyi vom Militärregime behandelt wird. Doch wie auch immer die UN-Resolution im Detail aussehen wird — die Brutalität und die massiven Menschenrechtsverletzungen des Regimes können nicht gutgeheißen werden.

vgl. *Burmanet-I*, *The Nation*, 27.10.98

Abgeordnete sollen zurücktreten

Die burmesische Oppositionspartei National League for Democracy (NLD) beschuldigte die Militärregierung, gewählte Parlamentsmitglieder gefangen zu halten, um sie zum Rücktritt zu zwingen.

»Diejenigen, die sich in Haft befinden, werden mit Mitteln unter Druck gesetzt, die nicht rechtmäßig sind, um sie dazu zu zwingen, von ihrem Amt als Abgeordnete zurück- und aus der NLD auszutreten«, gab die Partei in einem Statement bekannt. »Die NLD wird ihren Rücktritt nicht akzeptieren, da sie nicht rechtmäßig sind«, so das Papier weiter.

988 Mitglieder der Partei, inklusive 203 gewählte Abgeordnete, seien seit Mai verhaftet worden, so eine Angabe der Partei der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Die meisten wurden verhaftet, seit die NLD im August bekanntgab, daß man ein »Volksparlament« einberufen wolle. Die

NLD Führung hat seitdem ein Komitee ins Leben gerufen, das für dieses Volksparlament agieren soll — der stärkste Akt von Widerstand gegen den herrschenden Militärart.

Die Regierung hat die Inhaftierung einiger NLD Mitglieder zugegeben, machte aber keine Zahlenangaben. Aber 24 der inhaftierten Personen sollen freigelassen worden sein.

In Bangkok gab die All Burma Students' Democratic Front, eine Organisation von StudentInnen, die im politischen Asyl leben, bekannt, daß die burmesische Regierung den Anführer der Mon National Democratic Front unter dem Emergency Provisions Act wegen Unterstützung des NLD Komitees verurteilt habe. Er wird voraussichtlich eine lange Haftstrafe zu verbüßen haben. Die Regierung in Rangoon verweigerte jeden Kommentar.

vgl. *Burmanet-I*, *Reuters*, 21.10.98

Armee plant, Checkpoints zu eröffnen

Die thailändische Armee plant, temporäre Checkpoints an der Grenze zu eröffnen, um Holzimporte aus Burma und Kambodscha zu erleichtern. Laut Angaben des Armeechefs geschieht dies auf Wunsch des Innen- und des Forstministeriums. Das Holz gehört thailändischen Unternehmen, die in den genannten Ländern Holzeinschlagsrechte besitzen.

Einer nicht genannten Quelle zufolge sollen sich die Checkpoints am An Ma Pass in Ubon Ratachani und am Chong Chom Pass in Surin, und an mehreren Punkten der thai-burmesischen Grenze befinden. Um Waldreservate, besonders im Salween Nationalpark, zu schützen, hat die Armee seit Juni eine Task Force ins Leben gerufen, die sich auch darum kümmern sollen, Karen-Flüchtlinge, die vor den Kämpfen in Burma fliehen, in den Auffanglagern zusammenzuhalten.

vgl. *Burmanet-I*, 24.10.98

Illegale Arbeitsmigranten

Trotz Bemühungen des öffentlichen und privaten Sektors steigt die Zahl der illegalen ArbeitsmigrantInnen kontinuierlich.

Vor einem Jahrzehnt verließen illegale ImmigrantInnen — die meisten von ihnen aus Burma — ihr Land, aus politischen Gründen, oder aufgrund von internen Kämpfen und der unsicheren Lage. Inzwischen treiben auch immer öfter wirtschaftliche Gründe Menschen ins Nachbarland. Um dem extrem harten Leben in ihren Ländern zu entkommen, su-

chen sie als Ungelernte Arbeit in Thailand.

Thailändische Behörden sind der Meinung, daß man Probleme hätte vermeiden können, wenn von Anfang an ein systematischer Prozeß der Arbeitsvermittlung existiert hätte. Ein Arbeitervertreter meinte, daß »die Probleme entstanden sind, weil der Influx der Arbeitsuchenden nie systematisch verlief, noch jemals kontrolliert wurde. Dinge wurden ohne offizielle Richtlinien getan.«

Besagte Probleme umfassen nationale Sicherheit, eben-

so wie soziale und wirtschaftliche Probleme. Bemühungen, die illegale Immigration mit Hilfe von Agenturen, die regulär arbeiten, zu kontrollieren, hatten keinen Erfolg. Geschäftsleute gehörten zu den Top Protektoren illegaler ImmigrantInnen aufgrund lokaler Arbeitskräfteknappheit. Quellen aus der Geschäftswelt behaupten, daß die Thais sich weigern, bestimmte harte Arbeiten anzunehmen.

Die Jagd nach illegalen ImmigrantInnen glich bis vor einigen Jahren einem Katz-

nachrichten

und-Maus-Spiel, bis die Zahl der illegalen ImmigrantInnen und ungelerten ArbeiterInnen auf über eine Million anstieg.

vgl. *Burmanet-I*, 05.10.98

Konzertierte Bemühungen wegen illegaler ImmigrantInnen

Der Nationale Sicherheitsrat, der für die nationale Politik zuständig ist, und andere Behörden auf der operationalen Ebene, inklusive der Abteilung für lokale Verwaltung des Innenministeriums, der Immigrationsbehörden, des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums und des Außenministeriums, haben ihrer Betroffenheit Ausdruck verliehen. Staatsbehörden und NGOs haben gemeinsam die Wichtigkeit betont, die nationale Sicherheit aufrecht zu erhalten und gleichzeitig den wirklichen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften unter dem Aspekt des Arbeitsschutzes und der Menschenrechte zu betrachten.

Eine Resolution des thailändischen Kabinetts vom vergangenen Juni forderte die Registrierung ausländischer

ArbeiterInnen und der Implementierung eines Systems, das dem Staat mehr Kontrolle erlauben würde. Die gleiche Resolution garantierte, daß ausländische Arbeitsuchende zwei Jahre lang in bestimmten Berufen arbeiten können; anschließend müßten sie jedoch in ihr Heimatland zurückkehren. Die Resolution bezog sich nur auf illegale Arbeitsuchende aus Burma, Laos und Kambodscha.

Viele illegale ImmigrantInnen und ihre thailändischen ArbeitgeberInnen verheimlichen weiterhin ihre Anwesenheit. Die neuesten Zahlen belegen, daß sich nur eine Handvoll bei den Behörden registrieren ließen und legale Arbeit fanden. Ein Grund dafür ist wohl der Betrag, der für die Registrierung zu bezahlen ist. Die ArbeitgeberInnen müs-

sen z.B. laut Gesetz einen Garantiebetrug von 1.000 Baht pro ArbeiterIn bezahlen. Alle ArbeiterInnen müssen sich außerdem einem Gesundheitsscheck à 500 Baht unterziehen. Die Registrierungskarte kostet zudem 1.000 Baht pro Kopf. Die thailändischen ArbeitgeberInnen müssen außerdem zehn thailändische ArbeiterInnen pro illegalem Arbeiter bezahlen.

Weitere unangenehme Positionen: am 6. August hat das Kabinett eine weitere Resolution verabschiedet, die den ArbeitgeberInnen 15 Tage Zeit ließ, um alle beschäftigten ausländischen ArbeiterInnen zu melden. Die ausländischen ArbeiterInnen wurden außerdem nur für elf Berufe zugelassen.

Die momentane Situation: Laut dem Ministerium für Arbeit

und Wohlfahrt sind augenblicklich 986.889 illegale ArbeiterInnen in Thailand beschäftigt — über 80 % von ihnen stammen aus Burma. Nur knapp 90.000 wurde eine Arbeitserlaubnis erteilt.

Nach Berichten der Polizei im Mai waren über 200.000 illegale ImmigrantInnen festgenommen und nach Hause geschickt.

Viele der thailändischen Probleme mit illegalen ImmigrantInnen liegen in der geographischen Lage begründet. Die gemeinsamen Grenzen mit den Nachbarländern Burma, Laos und Kambodscha sind lang und unzugänglich und die desolatte wirtschaftliche Situation der Nachbarländer wird wohl auch weiterhin Arbeitsuchende nach Thailand treiben.

vgl. *Burmanet-I*, 05.10.98

UNHCR hilft Flüchtlingen

Ab Oktober unterstützen UNHCR-MitarbeiterInnen burmesische Flüchtlinge in Tak und Mae Hong Son, so der Vizegouverneur von Mae Hong Son, Amornphan Nimanat. Als Mitglied des regionalen Thai-Burmese Command Center sagte er, daß der UNHCR seine RepräsentantInnen in die Grenzgebiete schicken werde, um die Sicherheit von mehr als 30.000 Flüchtlingen in verschiedenen Lagern zu gewährleisten und sie für eine für Repatriierung zu registrieren.

Man wolle außerdem dabei helfen, finanzielle Unterstützung für die thailändischen Beamten zu suchen, die in den Flüchtlingslagern der beiden

nördlichen Provinzen arbeiten, fügte er hinzu.

Einem UNHCR-Sprecher zufolge erwarte der UNHCR seine Rolle an der Grenze in enger Zusammenarbeit mit der Königlich Thailändischen Regierung zu spielen.

Berichten der Londoner Human Rights Watch, die den UNHCR und die thailändische Regierung kritisierten, den über 100.000 burmesischen Flüchtlingen keinen ausreichenden Schutz zu geben, warf er vor, die letzten Entwicklungen und besonders die größere Rolle, die die UN Organisation nun an der Grenze spiele, nicht mit in Betracht gezogen zu haben.

Auf Basis des Solidaritätsprinzips und der Lastenteilung hatte die thailändische Regierung im Mai eine Vereinbarung mit dem UNHCR getroffen, um die Rolle des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen auf vier Gebieten zu definieren — nämlich Hilfe bei der Aufnahme von Flüchtlingen, Unterstützung der thailändischen Behörden bei der Registrierung, Unterstützung bei der Relokation temporärer Lager und Hilfe für burmesische sogenannte displaced persons für eine sichere Rückkehr.

Der UNHCR soll außerdem freien Zugang zu den Flüchtlingslagern bekommen, der

ihm bisher verwehrt war. »Thailand, als Empfängerland von Flüchtlingen und displaced persons erkennt die Notwendigkeit internationaler Solidarität zur Lösung des Flüchtlingsproblems an«, so Boonsak Kamheangrithong, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates.

Zusätzlich zu den Flüchtlingen aus Burma sollen sich etwa 38.000 kambodschanische displaced persons in Thailand befinden. Seit Oktober 1997 wurden mit Hilfe des UNHCR über 8.000 Personen repatriert, 37.000 weitere sollen spontan zurückgekehrt sein.

vgl. *Burmanet-I*, 21.10.98; *The Nation*, 08.10.98